



## Weiter geht's - Der neue BI Vorstand stellt sich vor

Wer auf eine Mitgliederversammlung der Bürgerinitiative Umweltschutz (BI) geht, der kann oftmals was erleben. Mal sind sehr wenige Leute da, mal platzt der Saal aus allen Türen. Mal streitet man sich um die Satzung, mal um die Richtung: dieses Mal war alles "mittig", genug Leute, kein Satzungsstreit es gab nur den Anflug einer Debatte um die Rolle der BI als außerparlamentarischer Kraft – "wie hältst du's mit den Parteien?" Vielleicht lag es an dem ausgewogenen Verhältnis zwischen persönlicher Kontinuität – wer hört auf mit der Vorstandstätigkeit (aber nicht mit dem Engagement) und wer macht neu mit? Da gab es nicht viele Verschiebungen. Vielleicht aber lag es daran, dass wir einen guten Fluss haben: Infoveranstaltungen, Demonstrationen, Aktionen am laufenden Band. Der Zulauf zu Anti-Atom-Veranstaltungen, den viele außerhalb des Wendlands neuerdings verzeichnen, hält nun schon knapp zwei Jahre an. Es begann mit dem Dauergedrehe im Vorwahlkampf 2009 um die angebliche Renaissance der Atomkraft und es mündet in Dauerberichterstattung über unsere Forderungen in den Medien.

Damit sich alle (Nicht-) Mitglieder, Freundinnen und Freunde der BI (und die mitlesenden staatlichen Organe) ein Bild machen können, von

der Motivation des "neuen" Vorstands, kommen hier alle kurz zu Wort:

"Ich engagiere mich, weil ich es einen Skandal finde, wie mit dem hochgefährlichen Thema Atommüll von Seiten der Politik umgegangen wird. Dem - vor allem außerhalb des Wendlands - Aufklärung in Form von Pressefotos, Texten und Flyern entgegenzusetzen betrachte ich als meine Aufgabe in der BI." Andreas Conradt

"Mein neues Motto für meine Arbeit im Vorstand ist mein altes: Es gibt nichts Gutes außer: Man tut es! Atomausstieg sofort!" Horst Eckert

"Ich arbeite mit daran, dass die BI, die Anti-Atom-Initiativen und die Umweltverbände als außerparlamentarische Kraft beim Thema Atomausstieg und Gorleben tonangebend bleiben." Wolfgang Ehmke

"Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht." Gerhard Has

"Ich möchte meine ganze Widerstandskraft auf Straße und Schiene einsetzen, damit der Atom-Wahnsinn endlich aufhört." Heiko Jäger

"Die Gefahren, die von der Atomenergie ausgehen sind so groß, dass diese Technologie von Menschen nicht verantwortet werden kann. Aus der Not heraus wollen unsere Regierungen ein nicht geeignetes Endlager für Atommüll bauen.

Unsere Aufgabe ist es, dies zu verhindern, damit unsere Welt lebenswert bleibt. Die Zusammenarbeit in der BI ist gut und macht immer wieder viel Spaß - das gehört auch dazu." Torsten Koopmann

"In Zeiten derart krasser Lobby- und Klientelpolitik, mit der existenziellsten Entscheidungen zu Krieg, Atom + Endlagerung usw. durch die Parlamente gewunken werden, sehe ich unsere Demokratie ernsthaft in Gefahr. Damit es überhaupt ein ernst zunehmendes und wenigstens an den großen Zielen zusammenarbeitendes Gegengewicht ( rot + rot + grün ) zu dieser neoliberalen Politik geben kann, braucht es eine starke Bewegung von der Straße.

Wir sind im Wendland gut geübt darin, mit unserer Widerstandskraft, unserem Witz und unserer Lebensfreude solche Bewegung mit anzuschieben und daran möchte ich mich sehr gern weiterhin, wie schon die letzten 30 Jahre, beteiligen." Janka Weber

"Der Kampf geht weiter, für eine menschenwürdige Welt." Lucia Wente



Sitzend: Wolfgang Ehmke, Heinrich Messerschmidt, Horst Eckert, Heiko Jäger, Lucia Wente.  
Stehend: Günter Dittmann, Eberhard Walde, Gerhard Harder, Inge Schnieder, Gerhard Has, Janka Weber-Knierim.  
Nicht auf dem Bild: Kerstin Rudek, Torsten Koopmann, Andreas Conradt.

## Stand der Dinge

In dieser Randspalte wird in kurzen Worten erklärt, in welchem Ausbaustadium sich die verschiedenen Anlagen befinden.

### Faßlager

Die Einlagerung von schwach- und mittelaktivem Müll in Fassgebinden begann 1984. Ende der 80er Jahre wurden Fässer mit ungeklärtem Inhalt aus der belgischen Atomschmelze Mol entdeckt („Transnuklearkandal“). 1.296 Gebinde mussten wegen des Drucks der atomkritischen Öffentlichkeit aus Gorleben wieder entfernt werden. Entdeckt wurden darüberhinaus Korrosionsschäden und „Blähfässer“ (Gasentwicklung). Messberichte der Brennelementlagergesellschaft (BLG) belegten z.B. einen Anstieg der Radioaktivität bei sommerlichen Außentemperaturen, was die Gasbildung „anheizt“. Auf Druck der Fachgruppe Radioaktivität der BI musste das Umgebungsüberwachungssystem der BLG nachgebessert werden. Ende 1995 wurde genehmigt, das zulässige Radioaktivitätsinventar des Lagers um das 1000-Fache zu erhöhen. Hintergrund ist die Absicht, bitumierte radioaktive Abfälle aus der französischen WAA Cap de La Hague und mittelaktive Komponenten in Gorleben einzulagern.

### CASTOR-Halle

Die oberirdische Castor-Halle bietet Platz für 420 Behälter. Elfeinhalb Jahre konnte die Einlagerung von hochradioaktiven, abgebrannten Brennelementen verhindert werden. Am 25. April 1995 wurde der erste Castor (Cask for the storage of radioactive material) von 16.000 Polizisten gegen den Widerstand weiter Bevölkerungskreise nach Gorleben transportiert. Seit Ende Mai 1995 darf auch hochaktiver, verglaster Müll aus der Wiederaufarbeitung (in Form von Kokillen) eingelagert werden. Außerdem wurde die Kapazität von 1.500 t Müll auf 3.800 t erhöht, und das alles auf der gleichen Grundfläche. Ein erster Kokillentransport folgte am 8. Mai 1996. Diesmal traten 18.000 Beamte an, um den Transport durchzusetzen. Vorläufiger Höhepunkt war die Anlieferung eines „Sixpack“ (sechs Behälter zu einem Transportvorgang gebündelt) Anfang März 1997. Die Kosten für den Polizeieinsatz – 30.000 Beamte waren unterwegs – summierten sich auf 111 Mio. DM. Danach scheiterte ein weiterer Versuch über den Bahnhof Arendsee (Sachsen-Anhalt) am anhaltenden Widerstand. Dieser Umweg musste gewählt werden, weil eine Bahnbrücke bei Seerau/ Hitzacker sich

# Damals ist Heute

## 30 Jahre Freie Republik Wendland

Als am 3. Mai 1980 ein vielköpfiger Zug von Trebel aus in den Gorlebener Wald zog, dorthin, wo die Tiefbohrung 1004 geplant war, lachte die Sonne. Und es lachten die Protestler. Sie folgten nämlich der Bekanntmachung des Untergrundamtes 3131 Gorleben-Soll-Leben, Postfach 1004, um einen Platz zu besetzen, und natürlich wurde als erstes ein Freundschaftshaus gebaut. Das sind Orte jener merk-würdigen Verquickung von Protest und Lebensfreude, Aufbegehren und Begegnung, mit ihrem Mix aus Vortrag, Palaver und Kulturprogramm. Das hat Tradition. Das erste Freundschaftshaus wurde bei der Platzbesetzung im Wyhler Wald errichtet. Nach jahrelangen Auseinandersetzungen, Demonstrationen und Grenzblockaden stürmten im Februar 1975 nach einer Kundgebung mit 28.000 Teilnehmer/innen Tausende das Baugelände und besetzten den Platz - es war die „Geburtsstunde“ der Anti-Atom-Bewegung.

Viele Geburtshelfer gab es. Da war die Bewegung in den 50er Jahren gegen den Atomtod, gegen die drohende atomare Bewaffnung der Bundeswehr und die Gefahren der Proliferation der Atomtechnologie, die ihren militärischen Ursprung gern verleugnete. Schließlich war da die Studentenrevolte mit ihren Happenings: den Sit- und Go-, den Love- und Teach-Ins.

Die Freie Republik Wendland, das Hüttendorf auf der Tiefbohrstelle 1004 über dem Salzstock Gorleben, war das herausragende Beispiel einer Symbiose von Kunst und Wissenschaft. Jo Leinen hielt einen Vortrag über Friede und Ökologie. Das Puppenspiel Die Bundschuhbauern wurde aufgeführt. Walter Mossmann kam und blieb auf 1004 und kreierte das Gorlebenlied. Es gab ein eigenes Radio, es wurde gefilmt und es gab und gibt Filme über die Platzbesetzung, jene sechs Wochen „anarchistischen Frühlings“ im Mai und Juni 1980. Es gab Dichterlesungen mit Klaus Schlesinger, Wolf Biermann war da und der Juso Gerhard Schröder. Es gab Rock, Folk und Blues, Schweine, Hühner, eine Solaranlage, ein Frauenhaus und wo man hinhörte: Diskussionen. Beim Zähneputzen, Abwaschen und auf dem Donnerbalken. Über Demokratie und Polizeigewalt, über Halbwertzeiten und Bohrerergebnisse. Es war ein (Über-) Lebensdorf und nachhaltig, nicht nur in den Parolen, die bis heute Bestand haben: Atomkraft nein - danke mutiert nämlich zu Sonnen-, Wind-

und Wasserkraft - ja bitte. Das Leben auf 1004 war gelebter Widerstand.

Dass Begriffe wie 1004 nicht abgegriffen sind, liegt nicht nur am anhaltenden Widerstand im Lande gegen die Atomkraft und Gorleben als nukleares Endlager. Es liegt an der politischen Tagesaktualität. Erst im Sommer 2009 flog auf, dass nach Auswertung der Tiefbohrungen, zu denen 1004 gehörte, im Mai 1983 auf Weisung der Bonner Regierung unter Helmut Kohl Akten der federführenden Behörde, der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt, geschönt wurden. Bedenken wurden entschärft, die Empfehlung, andere Standorte zu untersuchen, wurde gestrichen. Ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss in Berlin ist jetzt mit diesen Vorgängen befasst. Auf diesem schwankenden Grund bewegt sich der Ausbau eines Bergwerks im Gorlebener Salz als Endlager für hochradioaktive Abfälle. Und derzeit vergeht kein Tag, an dem in den Medien nicht über den Prototyp von Gorleben, das absaufende Atommüllendlager Asse, und Gorleben berichtet wird. Denn die Wahl Gorlebens geschah gegen wissenschaftlichen Rat, daran knüpft heute Norbert Röttgen (CDU), der „grüne Schwarze“, an, er tarnt die Absicht, Gorleben nach dem 10jährigen Moratorium weiter auszubauen, mit dem Begriff „Erkundung“, die aber ist alternativlos -ergebnisoffen. Da sehen wir aber schwarz für ihn.

Da lachen die Protestler: Ein Freundschaftshaus in Gorleben steht schon wieder, die Bauern haben es gebaut. Fast jeden Sonntag wird am Schwarzbau Gorleben demonstriert, jeden Sonntag halten Christen im Wald eine Andacht. 2009 treckten wir nach Berlin, am 21. April treckten wir nach Krümmel. Wir brauchen sie immer noch, die Freundschaftshäuser, solange der Kampf gegen die Atomkraft nicht gewonnen und Gorleben nicht zu Fall gebracht wurde. Am 4. und 5. Juni, 30 Jahre nach der Räumung von 1004, sind wir alle wieder da. Die „alten“ Junggebliebenen von 1980, die „jungen“ Kluggewordenen der letzten Jahre. Rock, Blues, Filme und ein Wiedersehen wird es geben, wir tanzen, klönen, diskutieren und - umzingeln den Schwarzbau. Wie hieß es damals? „Turm und Dorf könnt Ihr Zerstören, aber nicht unsere KRAFT, die es schuff!“ Damals ist heute.

Wolfgang Ehmke

## Geheimakte Gorleben

Neulich war wieder so ein Tag für die Gorleben-Gegner, der mit Sicherheit in die Annalen des Widerstands eingehen wird: Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU) verkündete in Berlin, dass das Gorleben-Moratorium aufgehoben werden würde.

Der 15. März ist also ein Stichtag: Wird das Atommüllendlager in Gorleben am Ende nach dem Fahrplan des forschenden Ministers endgültig realisiert, wird es ein rabenschwarzer Tag für den Widerstand. Scheitert er jedoch mit dem Plan, den Uralt-Rahmenbetriebsplan gegen juristische Einsprüche durchzuboxen, gibt es stattdessen ein Revival des Anti-Atom-Widerstands, erhebt er sich also, dann kann der 15. März im Nachhinein der Einstieg in den Ausstieg aus Gorleben werden.

Die Bürgerinitiative Umweltschutz konterte in Hannover auf einer Pressekonferenz im Fernduell mit dem Bundesumweltminister und hatte, als Beleg für das jahrelange Trick-sen um Gorleben, eine brisante gebrannte Scheibe mitgebracht: auf einer CD wurden die wichtigsten Fundstücke aus Ministerien und Behörden dokumentiert, die in den letzten Monaten der BI zugespielt wurden. Für die einige war es eine Posse, für andere ernsthafte Aufklärung, als Gerhard Harder während der Pressekonferenz die CD's auf den Tisch packte und Politikern wie auch Journalisten „zum Verkauf“ anbot. In Anspielung auf die CD's mit Schweizer Daten von deut-

schen Steuerhinterziehern pries Harder den Erwerb: „Mit dieser CD wird nicht Geld eingetrieben, sondern Geld gespart. Wer das, was in den behördeninternen Texten über die mangelnde Eignung Gorlebens als Endlager bekannt ist, in politisches Handeln umsetzt, also Gorleben stoppt, der erspart den Stromkunden bis zu einer Milliarde Euro. Schließlich tragen die Stromkunden das Entsorgungsdesaster mit dem Strompreis.“ Am Ende, so selbstsicher sind wir, wird Gorleben juristisch und politisch ohnehin scheitern.

Kurt Herzog (Linke) und Andrea Schröder-Ehlers (SPD) schoben Harder für die CD schmunzelnd einige Euro-Scheine zu, Stefan Wenzel und Miriam Staudte (Grüne) überreichten einen schwarzen Koffer mit Schokoladentalern. Die „Geheimakte Gorleben“ mit 13 Dokumenten konterkariert die Behauptung des Bundesumweltministeriums, der Salzstock Gorleben sei eignungshöflich und werde ergebnisoffen weiter auf seine Eignung als Atommülldeponie für hochradioaktive Abfälle erkundet. Bundesumweltminister Norbert Röttgen muss die „Geheimakte Gorleben“ auf der BI-Fachtagung zum Salzstock Gorleben am 16./17. April in Dannenberg persönlich abholen. Ein Blick auf die Inhaltsliste der CD führte dazu, dass zahlreiche Journalisten sich blitzschnell mit den Kerntexten zu den Gorleben-Tricksereien versorgten – die Gorleben-Geschichte hatte am 15. März politisch Hochkonjunktur.

Wolfgang Ehmke

# Russland baut AKW an Ostsee

**Ecodefense-Aktivist Vladimir Slivjak sprach mit Bernhard Clasen**

Es ist kein Geheimnis - dieser Tage wurde in Kaliningrad (Königsberg) der Grundstein für das "Baltische Atomkraftwerk" gelegt, nachdem Russlands Regierungschef Vladimir Putin die Genehmigung für den Bau des Meilers unterzeichnet hatte. Das Kraftwerk wird 4,5 Milliarden Euro kosten. Es soll mit zwei modifizierten Druckwasserreaktoren vom Typ WWER ausgestattet werden und eine Gesamtleistung von 2300 Megawatt haben. Das 4,5 Milliarden teure Kraftwerk wird zu 51 Prozent der russischen Atomenergieagentur "Rosatom" gehören. Wer über die restlichen 49 Prozent verfügen wird, darüber wird derzeit noch spekuliert.

Um Näheres über die Atompolitik in dem Gebiet Kaliningrad zu erfahren, sprach Bernhard Clasen mit dem russischen Anti-Atom-Aktivist Vladimir Slivjak. Slivjak, der aus Kaliningrad stammt, in Kaliningrad und Moskau lebt, ist Co-Vorsitzender der Umweltschutzorganisation "Ecodefense". Vom 19. - 21. März hat er an der Frühjahrskonferenz der Anti-AKW-Bewegung im münsterländischen Ahaus teilgenommen.

**FRAGE:** Medienberichten zufolge hat der Bau eines Atomkraftwerkes im Gebiet Kaliningrad begonnen. Treffen diese Berichte zu?

**SLIVJAK:** Nun, kürzlich wurde in einem symbolischen Akt der Grundstein gelegt. Mit dem eigentlichen Baubeginn ist im Juli zu rechnen.

**FRAGE:** Deine Organisation "Ecodefense" kritisiert, dass sich das geplante Atomkraftwerk direkt in einem Korridor internationaler Flugbewegungen finde. Ist das so zutreffend?

**SLIVJAK:** Ja, wir verfügen über eine Karte, die wir von der regionalen Regierung erhalten haben. Auf dieser Karte ist sehr gut erkennbar, dass sich das geplante Atomkraftwerk tatsächlich im Flugkorridor befindet.

**FRAGE:** Arbeiten bei diesem "Baltischen Atomkraftwerk" in Kaliningrad russische und deutsche Firmen zusammen?

**SLIVJAK:** Offiziell gibt es dazu keine Informationen. Allerdings hat "Rosatom" vor ein paar Tagen deutlich gemacht, dass man ausländische Investoren suche, und dass man an erster Stelle in Deutschland nach Investoren suche.

Unsere Informationen zufolge ist bereits ein Antrag für eine Hermes-Bürgschaft auf den Weg gebracht worden. Sollte wirklich mit einer Hermes-Bürgschaft bei diesem AKW gearbeitet werden, hieße das, dass der deutsche Steuerzahler mit dabei ist, wenn bei uns ein Atomkraftwerk gebaut wird. Ich persönlich vermute, dass hier die Firma Siemens dahintersteckt.

**FRAGE:** Die politische Lage in Kaliningrad ist derzeit sehr unruhig. In der jüngsten Vergangenheit gab es mehrere größere Protestdemonstrationen.

**SLIVJAK:** Was in der Region Kaliningrad abläuft, ist im Moment wirklich schwer abschätzbar. Wir hatten kürzlich mehrere Protestdemonstrationen in der Region, an der sich mehrere Tausend Menschen beteiligt hatten. An einer dieser Demonstrationen waren gar über 10 Tausend Menschen. Die Regierung ist darüber sehr beunruhigt, tut alles, um die Opposition klein zu halten, provoziert diese.

Ich schätze, dass der Gouverneur von Kaliningrad vor diesem Hintergrund wohl im Herbst gehen muss.

Insgesamt ist es sehr schwer, eine Prognose über die politische Entwicklung in Kaliningrad abzugeben. Und ich kann auch nicht sagen, wie sich die politische Situation auf den Betrieb dieses Atomkraftwerkes auswirken wird. Dieses wird ja erst in sechs Jahren in Betrieb genommen.

**FRAGE:** Deutsche und russische Atomwirtschaft arbeiten gut zusammen. Wie sieht es aber mit der Zusammenarbeit von deutscher und russischer Anti-AKW-Bewegung aus?

**SLIVJAK:** Die Zusammenarbeit zwischen deutschen und russischen Anti-AKW-Gruppen ist gut, doch sie müsste noch weiter ausgebaut werden. Wir russischen Umweltschützer müssen bei euch vieles lernen, und ihr müsst bei uns vieles sehen, erfahren und lernen. Gemeinsam sind wir erfolgreich. Das hat auch die Atomwirtschaft erkannt. Auch sie arbeitet international zusammen, man unterstützt sich finanziell und technisch. Und vor diesem Hintergrund müssen auch wir Umweltschützer unsere Zusammenarbeit ausbauen.

**FRAGE:** Du bist schon lange einer der aktivsten Atomkraftgegner Russlands? Wie kamst Du dazu?

**SLIVJAK:** Ja, ich habe mich schon zu Zeiten der Sowjetunion, in der 80er Jahren, in verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen engagiert. Und ich bin damals zu der Auffassung gekommen, dass die Atomenergie das größte Problem ist, welches uns bedroht. Angefangen, gegen die Atomenergie zu kämpfen, habe ich kurz nach Tschernobyl.

Wenn wir über unsere Zukunft sprechen, so schafft die Atomenergie die größten Probleme. Jede Regierung, die auf Atomenergie setzt, handelt verantwortungslos.

Die Atomenergie ist sehr ungerecht, verletzt die Menschenrechte. In Russland beispielsweise sind die Anwohner nie befragt worden, wenn man auf einmal in ihrer Nachbarschaft ein Atomkraftwerk gebaut hat. Wichtig ist, dass wir wirklich ein klares NEIN sagen zur Atomenergie.

für die tonnenschwere Last der Behälter als nicht mehr tragfähig erwies. – Im März 2001 wurden die Transporte wieder aufgenommen, jetzt übernahm Rot-Grün das Kommando. Im November folgte im Schatten des 11. September ein weiterer Transport. Die Kosten für die Bewachung sind immer noch ein Ärgernis, so dass seit November 2002 immer 12 Behälter angeliefert werden. Auf 420 Stellplätzen verlieren sich noch die 91 Castoren. Aber jeder Behälter, der in der zugigen Halle steht, zementiert Gorleben als Endlagerstandort.

## Pilotkonditionierungsanlage (PKA)

In der PKA soll getestet werden, wie hochaktiver Müll endlagerfähig verpackt werden kann. Da ein Endlager in Gorleben jedoch fraglich ist und eine entsprechende Konditionierung zum gegenwärtigen Zeitpunkt wenig Sinn macht, soll die 800 Mio. DM teure Investitionsruine einem anderen Zweck zugeführt werden: als heiße Reparaturzelle für kaputte Castoren. Die 3. Teilgenehmigung für die umfunktionierte PKA ist Anfang Dezember 2000 erfolgt. Damit verzögerte sich deren Inbetriebnahme bereits um 5 Jahre. Für den Widerstand war das grüne Licht für die PKA jedoch der Elchtest für den Ausstiegswillen von Rot-Grün: Der heiße Betrieb wurde jedoch noch nicht aufgenommen.

## Endlagerbergwerk

Die Eignung des Gorlebener Salzstocks, der ab dem Jahr 2030 als Endlager für alle Arten von Atommüll dienen soll, wird seit Jahren von namhaften Geologen bestritten: 1987 kracht ein Schacht beinahe in sich zusammen, permanente Wasser einbrüche beim Abteufen begleiten den Ausbau des Endlagers, der getarnt als „Erkundungsbergwerk“ bisher nach Bergrecht und unter Ausschluss der Öffentlichkeit vorangetrieben wurde. Lediglich der in seinen Salzrechten tangierte Atomkraftgegner Andreas Graf von Bernstorff konnte von seinem Klagerecht Gebrauch machen. Inzwischen ist mit der Salinas Salz GmbH ein wirtschaftlich ernstzunehmender Gegenspieler für die Endlagerbauer auf dem Plan.

Schwarz-Rot wollte offenbar keinen Abbruch des Projekts: Das Moratorium auf der Baustelle, das seit Oktober 2000 zur Unterbrechung der Bauarbeiten führte, wurde schon unter Rot-Grün nicht mit den planerischen Mängeln und den katastrophalen geologischen Befunden begründet. So ist zu befürchten, dass jetzt nach den Wahlen die Gorleben-Karte bei einer weiteren Endlagersuche wieder ge-zückt wird.

## Das Euro-Zeichen glimmt in den Augen

**Sie können es kaum erwarten, haben 1999, 2000, 2003 und noch einmal 2007 vergeblich gedrängt.**

Aber nun ist es soweit, dank Röttgen kehrt der alte Glanz in die Augen der aufrechten staatstragenden Kommunalpolitiker der Samtgemeinde Gartow von Gorleben bis Schnackenburg zurück. SPD-Hofstetter schreibt mit CDU-Schenk einen Brief an Röttgen.

Und da sie solange warten mußten, wird gleich geklotzt und nicht gekleckert: Ein „Informations- und Kongreßzentrum“ muß es schon sein, obendrauf „Strukturhilfe“ von Bund, Land und Energiewirtschaft. Hinterher fallen Landschafts- und Deichbauer Ulrich Flöter und Samtgemeindeoberbürgermeister Friedrich-Wilhelm Schröder noch ein: Zu Wasser und zu Lande müssen Gorleben und Gartow gleich neben der Metropolregion Hamburg liegen durch neue Schienen-, Wasser-, und Straßenverbindungen. All dies ist nötig für einen „nachhalti-

gen wirtschaftlichen Aufschwung“. „Für große Sprünge kein Spielraum“ titelte die EJZ am 25. März über den Haushalt der Samtgemeinde Gartow 2010.

Aus dem Ansiedlungsvertrag mit dem Betreiber der Zwischenlager fließen in diesem Jahr nur 838.500 Euro, dabei hat die Samtgemeinde allein Personalausgaben von 1,988 Millionen Euro. Das Euro-Zeichen in den Augen soll schließlich nächstes Mal auch wieder die Mehrheit bringen. Von nichts kommt eben nichts, und anstrengend ist es auch: „Die Samtgemeinde Gartow wird den ordnungsgemäßen Betrieb der Anlagen und Einrichtungen der BLG am Standort Gorleben einschließlich der Transporte vom und zum Standort Gorleben im Rahmen ihrer Möglichkeiten unterstützen“ lautet die vertragliche Verpflichtung aus dem Ansiedlungsvertrag. Da ist jeder Euro hart verdientes Geld.

Gerhard Has

# Asse: Was bleibt verborgen?

**Die „Beprobung“ läuft an. Aber ob die Abfälle tatsächlich geborgen werden, ist unklar. Auch Rüttgers ließ vertuschen**

Das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) will vor einer Bergung der radioaktiven Abfälle aus dem vom Einstürzen und Vollaufen bedrohten Atommülllager Asse den Zustand von einigen hundert Fässern überprüfen. Im Visier hat der Betreiber zunächst zwei Einlagerungskammern mit schwach aktivem Atommüll in 725 Metern Tiefe. „Die Kammern 7 und 12 werden angebohrt“, bestätigt BfS-Sprecher Werner Nording. Die Bohrungen sollen noch in diesem Jahr erfolgen.

Während Kammer 12 mit körnigem Salzgestein (Salzgrus) verfüllt und geschlossen wurde, war Hohlraum 7 bis 2008 noch Station von Besucherführungen und blieb bis Mai 2009 offen. Risse wiesen damals daraufhin, dass sich jederzeit Gesteinsbrocken aus der Decke lösen und die eingelagerten Fässer beschädigen können.

In den beiden angebohrten Kammern würden dann unter anderem der Gasgehalt und die radioaktive Strahlung gemessen, erläutert Nording das weitere Vorgehen. In einem zweiten Schritt wollen Experten die Hohlräume ganz öffnen. So könnten der Zustand der Kammern und der Abfallgebände überprüft werden. Anschließend will das BfS einzelne Gebinde nach Möglichkeit mit ferngesteuerten Maschinen bergen.

Wie die Asse-II-Begleitgruppe berichtet, will das BfS im Rahmen der sogenannten „Beprobung“ insgesamt etwa 600 Fässer untersuchen. Insgesamt liegen rund 126 000 Fässer in dem Bergwerk. Teilweise wurden sie in den Einlagerungskammern neben- oder übereinander gestapelt, teilweise aber auch einfach abgekippt.

Die Asse-II-Begleitgruppe hält die vom BfS für die Proben ausgesuchten Kammern 7 und 12 für geeignet, weil dort verschiedene Arten von Gebinden auf unterschiedliche Weise eingelagert wurden. Die Begleitgruppe geht davon aus, „dass eine der Kammern nach wie vor trocken ist, während die anderen Fässer in Lauge stehen dürften.“

Auch der gesamte Plan zur Beprobung wird von der Begleitgruppe begrüßt. „Der Vorteil ist, dass diese Vorbereitungen identisch sind mit den ersten Schritten zur Rückholung des Atommülls“, sagt der Wolfenbütteler Landrat Jörg Röhm (SPD) als Sprecher der Gruppe. Sämtliche Infrastruktur wie die zu errichtenden Strahlungsbarrieren würde auch für die späteren Schritte gebraucht. Sie umfassen beispielsweise den Bau einer Konditionierungsanlage, in der die aus der Asse geholten Abfälle neu verpackt werden sollen, und eines überirdischen Zwischenlagers.

## ... für diese Art von Abfällen nur Konrad genehmigt ...

Was auf lange Sicht mit den Asse-Abfällen passieren soll, ist weiterhin unklar. Die Asse-II-Begleitgruppe sieht „keinen Automatismus“, dass der Atommüll ins geplante Endlager Schacht Konrad in Salzgitter muss. Vielmehr beharrt die Gruppe auf ihrer Forderung, den radioaktiven Abfall dauerhaft zugänglich und rückholbar zu

lagern. „Diese Möglichkeit ist in Konrad nicht gegeben“, heißt es bei der Begleitgruppe.

Umweltminister Norbert Röttgen (CDU) sieht dagegen Schacht Konrad als Endlager für die radioaktiven Abfälle aus dem Atommülllager Asse. In Deutschland sei für diese Art von Abfällen nur Konrad genehmigt, sagte Röttgen in der Ostern erschienenen Ausgabe der Zeitschrift „Asse Einblicke“. „Deshalb müssen wir als Grundlage für die Planung davon ausgehen, dass die Abfälle aus der Asse in das Endlager Konrad gebracht werden“.

Die frühere Eisenerzgrube Konrad wird derzeit zum deutschen Endlager für schwach und mittelradioaktiven Müll ausgebaut. Es soll 2014 seinen Betrieb aufnehmen. Die bisherige Genehmigung gilt für rund 300 000 Kubikmeter Abfälle. Eine erste Überprüfung komme zu dem Ergebnis, dass die zusätzliche Einlagerung der Fässer aus dem Bergwerk Asse eine Änderung des Planfeststellungsbeschlusses für Konrad erfordere, sagt Röttgen.

## Im Klartext: Die Genehmigung muss auf die geschätzten zusätzlich rund 100 000 Kubikmeter ausgeweitet werden.

Die Stadt Salzgitter, Bürgerinitiativen und Gewerkschaften aus der Region haben Überlegungen scharf kritisiert, dass die Asse-Abfälle nach Konrad gebracht werden. Der Salzgitteraner Rat wandte sich in einer einstimmigen Resolution gegen entsprechende Pläne und zitierte BfS-Chef Wolfram König zu einer Sondersitzung. Während König erklärte, noch sei nichts entschieden, sagt sein oberster Dienstherr Röttgen nun: „Auch wenn ein Änderungsverfahren wieder erhebliche Kontroversen in der Öffentlichkeit verursache, müsse dieser Weg gegangen werden. „Wir können nicht Abfälle aus der Asse herausholen und sie dann auf unbestimmte Zeit über Tage zwischenlagern.“

Bei der Vorstellung der Pläne zur Rückholung des Asse-Mülls hatte das BfS die Tür zu einer anderen Schließungsvariante nicht völlig zugeschlagen. Wenn die Fässer in einem so katastrophalen Zustand seien, dass eine Gefährdung von Beschäftigten und Anwohnern drohe, könnte auf die Variante Vollverfüllung zurückgegriffen werden. Röttgen stößt diese Tür im besagten Interview weiter auf.

## Verfüllung der Schachtanlage Asse II?

Die Bergung der Asse-Abfälle sei zwar die richtige Entscheidung. „Allerdings stehen hinter der Rückholung auch einige Fragezeichen“. Dies seien im Wesentlichen der Zeitbedarf und die mögliche Strahlenbelastung für Beschäftigte und Bevölkerung. „Deshalb sind wir gut beraten, parallel dazu auch mit vorbereitenden Arbeiten zur Verfüllung der Schachtanlage Asse II zu beginnen“, sagt Röttgen.

Vollverfüllung bedeutet, dass Teile des Bergwerks mit Spezialbeton gefüllt und die übrigen Hohlräume mit einer Lösung geflutet werden. Diese Variante hatte auch der vorherige Asse-Betreiber Helmholtz Zentrum propagiert. Die

Atomgegner aus der Region waren dagegen Sturm gelaufen. Mehrere Gutachten belegen, dass der Atommüll bei einer Verfüllung der Asse über kurz oder lang Kontakt mit dem Grundwasser und die Biosphäre haben wird.

Mit dem Atommüll würden auch viele weitere Verbrechen und Skandale bei der Einlagerung dauerhaft verdeckt. Dass diese längst noch nicht vollends bekannt sind, wurde erneut kurz vor Ostern deutlich: In den 90er Jahren haben nämlich das damals vom NRW-Ministerpräsidenten Jürgen Rüttgers (CDU) geführte Bundesforschungsministerium und der damalige Asse-Betreiber GSF (Vorläufer des Helmholtz Zentrums) ganz offensichtlich Informationen über Wasserzuflüsse in das Bergwerk unterdrückt.

Seit 1988 sickert Wasser in die Asse, täglich rund 12 000 Liter. Geologen stellten spätestens 1995 fest, dass die Lauge aus dem Deckgebirge zufließt – die Grube und ihr Inhalt haben also Kontakt zu Grundwasser. Einer der Gutachter wollte die Erkenntnis für seine Habilitationsschrift nutzen und legte dem Betreiber einen Entwurf zur Genehmigung vor.

In dem Antwortschreiben der GSF vom 1.8.1996 heißt es: „Wir möchten Ihr laufendes Habilitationsverfahren nicht behindern. Vor einer Veröffentlichung, d.h. vor Druck des Berichtes müssen jedoch neue Fassungen der betreffenden Kapitel ... vorgelegt werden.“ Die GSF bitte „... um Verständnis für unsere geübte Zurückhaltung“ und hofft „auf eine weitere gute Zusammenarbeit bei der Bewertung der Geochemie der im Grubengebäude zutretenden Lösungen.“ Anders als im Entwurf, ist in der erst im Jahr 2000 von der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) veröffentlichten Version gar nicht mehr von der Asse die Rede, sondern nur noch von einem „Salzbergwerkwerk in Norddeutschland“.

Betreiber und Ministeriumsleute haben Ende 1995 auch verhindert, dass das Land Niedersachsen einen Bericht zur „Gefahrenabschätzung für die Schachtanlage Asse“ publizierte, in dem ebenfalls der Wasserzufluss erwähnt wurde. Das Papier gebe Umweltschützern „ohne Not“ Argumente gegen eine Einlagerung von Atommüll in Salzgestein an die Hand. Bei Besucherführungen sahen Ministeriale ebenfalls die Gefahr, dass das Geheimnis bekannt werden könnte: Es müsse „eine öffentliche Diskussion der Laugenzutritte vermieden werden“, zitierte „spiegel online“ jüngst einen Vermerk von 1997.

Zudem sind Hinweise aufgetaucht, wonach noch nach dem offiziellen Einlagerungsstopp Ende 1978 Atommüll in die Asse transportiert wurde. Nach Angaben der SPD in Niedersachsen belegen Begleitpapiere der Gesellschaft für Nuklearservice (GNS) in einigen Fällen, dass Fässer erst im Januar 1979 auf den Weg Richtung Asse gebracht wurden. „Nach erster Durchsicht besteht bei mehr als 100 Fässern der Verdacht, dass sie nach dem offiziellen Ende der Einlagerung in der Asse dennoch unter Tage verbracht wurden“, sagt die Landtagsabgeordnete Petra Emmerich-Kopatsch.

Reimar Paul

# Energiekonzept der Bundesregierung muss Systemkonflikt vorbeugen

**Längere AKW-Laufzeiten und zusätzliche Kohlekraftwerke programmieren neuen Fundamentalkonflikt auf dem Weg ins regenerative Zeitalter – Studie: Variable Erneuerbare Energien und klassische Grundlastkraftwerke passen nicht zusammen in ein Stromsystem – Erneuerbare Energien gehören in den Mittelpunkt der Zukunftsdebatte – Energiekonzept der Bundesregierung bleibt „Muster ohne Wert“, wenn die Anpassung des konventionellen Kraftwerksparks an wachsende Anteile Erneuerbarer Energien nicht geklärt wird**

Längere Reaktorlaufzeiten und zusätzliche Kohlekraftwerke sind mit dem im Koalitionsvertrag der Regierungsparteien vorgeschlagenen Eintritt in das „Zeitalter regenerativer Energien“ technisch unvereinbar. Sie würden schon im kommenden Jahrzehnt den von der Koalition ebenfalls versprochenen Vorrang von Strom aus Wind und Sonne untergraben. Da die Klimaziele (minus 80 – 95% bis 2050) nur mit einem vollständigen Umstieg auf Erneuerbare Energien zu erreichen sind, käme der Klimaschutz unter die Räder. Das erläuterten im Rahmen einer gemeinsamen Pressekonzferenz der Bundesgeschäftsführer der Deutschen Umwelthilfe (DUH), Rainer Baake, der Geschäftsführer des Bundesverbandes Erneuerbare Energie (BEE), Björn Klusmann und der Leiter Energiewirtschaft und Systemanalyse, Dr. Michael Sterner vom Kasseler Fraunhofer-Institut für Windenergie und Energiesystemtechnik (IWES) auf Grundlage einer aktuellen Untersuchung. Die IWES-Studie analysiert insbesondere die Rückwirkung zunehmender variabler Einspeisung von Regenerativstrom auf den verbleibenden Kraftwerkspark.

„Das Energiekonzept, das die Bundesregierung derzeit ausarbeiten lässt, bleibt ein Muster ohne Wert, wenn es den Systemkonflikt zwischen Erneuerbaren Energien und klassischen Großkraftwerken nicht untersucht. Der Weg in das regenerative Zeitalter muss im Regierungskonzept konkret und nachvollziehbar beschrieben werden“, sagte DUH-Bundesgeschäftsführer Rainer Baake. Andernfalls programmiere die Regierung den nächsten energiepolitischen Fundamentalkonflikt.

**Eine Laufzeitverlängerung werde sich nicht als Brücke, sondern als Sackgasse für die regenerativen Energien erweisen.**

Michael Sterner vom Fraunhofer-Institut für Windenergie und Energiesystemtechnik erläuterte, wie der zu erwartende Ausbau der erneuerbaren Energien den Bedarf an klassischen Grundlastkraftwerken bereits in den nächsten zehn Jahren drastisch senken wird. Im Übergang in das regenerative Zeitalter werden die heutigen Grundlastkraftwerke deutlich weniger Stunden im Jahr ausgelastet. Es werden Kraftwerke benötigt, die vor allem flexibel der variablen Einspeisung von Strom aus Wind und Sonne folgen können.

Schon bei einem Jahresanteil an der Stromversorgung von weniger als 50 Prozent – als Grundlagediensten ein vom BEE erstelltes Szenario und

reale Daten des Wetterjahrs 2007 – decken die erneuerbaren Energien bei stündlicher Betrachtung zwischen 15 und 110 Prozent des gesamten Strombedarfs ab. So werde ein zunehmender Anteil der konventionellen Kraftwerke nur noch als „Backup“ zur jederzeitigen Absicherung des Strombedarfs benötigt. Ein wirtschaftlicher Betrieb von Grundlastkraftwerken ist dadurch unsicher und ein flexibler Betrieb noch technisch zu verifizieren. Entscheidend für einen flexiblen Betrieb zur Integration erneuerbarer Energien sind kurze Mindest-Stillstandzeiten, geringe Anfahrtdauern und kurze Mindest-Betriebszeiten. Gehe die aktuelle Ausbaudynamik der erneuerbaren Energien weiter, könnten sie schon im Jahr 2020 mehrere dutzend Stunden den gesamten Strombedarf Deutschlands allein abdecken. Sterner: „Der klassische Grundlastbereich für konventionelle Kraftwerke löst sich auf. Was wir in Zukunft benötigen, sind flexible Kraftwerke für die Mittel- und Spitzenlast, die schnell an- und abgefahren werden können und dabei robust bleiben.“

Je weiter man auf dem Weg in das regenerative Zeitalter vorankomme, umso wichtiger werde darüber hinaus die Bereitstellung von Ausgleichsmaßnahmen wie Stromtransport, Speicher und Energiemanagement, erläuterte der Wissenschaftler. Besonders konventionellen und neuartigen Stromspeichern komme hier große Bedeutung zu. Zwar passten in Deutschland Stromnachfrage und Einspeisung von beispielsweise Windenergie im Jahresverlauf vergleichsweise gut zusammen. Massive Schwankungen und Abweichungen zwischen Bedarf und Einspeisung könne es jedoch nach den Ergebnissen der Untersuchung von Woche zu Woche geben. Deshalb müsse in der Übergangsphase der Ausgleich über schnell reagierende Kraftwerke und mehr großräumige auch transnationale Stromverbindungen sichergestellt werden. Langfristig könne eine Stromversorgung mit Hilfe starker Netze, Energiemanagement (Elektro-Kfz, gesteuerte Lasten, Kombikraftwerke) und neuartiger Stromspeicher vollständig regenerativ erfolgen. Zu den neuen Speichermöglichkeiten gehöre die Erzeugung von Methan aus Windenergie, das dann im vorhandenen Erdgasnetz gespeichert und in Gaskraftwerken genutzt werden kann.

## **2020 ein Anteil von 47 Prozent an Erneuerbaren Energien**

BEE-Geschäftsführer Björn Klusmann betonte, dass sich der Anteil der Erneuerbaren Energien an der Stromversorgung sehr viel schneller entwickelt habe, als zum Zeitpunkt des Atomausstiegsbeschlusses absehbar gewesen sei. 2020 rechne seine Branche mit einem Anteil von 47 Prozent. „Wer diese Dynamik nicht zur Kenntnis nimmt, ist entweder nicht auf der Höhe der Zeit oder er entlarvt sich selbst als Bremser und Modernisierungsverhinderer“, sagte Klusmann mit Blick auf jüngste Wortmeldungen in der Debatte um den Atomausstieg innerhalb des Regierungslagers. Statt einen fruchtlosen Streit über längere Laufzeiten von Atomkraftwerken neu aufzulegen, solle die Koalition konkrete Maßnahmen zum Ausbau von Stromspeichern und regenerativen Kombikraftwerken entwickeln:

„Wer den Weg in das regenerative Zeitalter gehen will, muss logischerweise die Erneuerbaren Energien in den Mittelpunkt seines Energiekonzepts stellen, alles andere sät Zweifel an der Ernsthaftigkeit dieser zentralen energiepolitischen Aussage im Koalitionsvertrag von Union und FDP.“ Klusmann sagte, es sei nicht ermutigend, dass die Bundesregierung verbal zu den Erneuerbaren Energien stehe, aber gleichzeitig über energiewirtschaftlich widersinnige Laufzeitverlängerungen für Atomkraftwerke debattiere, neue Kohlekraftwerke befürworte und die Vergütung für Solaranlagen rabiat kürzen wolle.

## **... energiewirtschaftlich widersinnige Laufzeitverlängerungen für Atomkraftwerke ...**

Dem in der IWES-Untersuchung auf Basis des BEE-Szenarios ermittelten, verbliebenen Bedarf an konventionell erzeugter Grundlast in Höhe von 27 Gigawatt (GW) steht im Jahr 2020 absehbar mindestens folgende Grundlastleistung gegenüber: 15,6 GW aus jüngeren Stein- und Braunkohlekraftwerken (Inbetriebnahme oder grundlegende Nachrüstung seit 1990), 11,4 GW aus neuen, derzeit im Bau befindlichen Stein- und Braunkohlekraftwerken (in der Summe: 27 GW); darüber hinaus die derzeit unklare Leistung aus Atomkraftwerken (aktuell 21,5 GW). Das Problem sei also nicht zu wenig Strom in der Grundlast, erklärte Rainer Baake, sondern zuviel: „Jede Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken und jeder weitere Zubau von Kohlekraftwerken führt bereits innerhalb der nächsten zehn Jahre zu einem Überangebot von Strom aus Kraftwerken, die für hohe Volllaststunden ausgelegt sind. Je weiter der Ausbau der Erneuerbaren Energie vorankommt, umso mehr wird sich der Systemkonflikt zwischen variabler Einspeisung von Wind- und Solarstrom und inflexiblen Großkraftwerken zuspitzen.“ Stattdessen müssten für den Übergang flexible, leicht regelbare Gaskraftwerke die regenerative Stromversorgung absichern.

Schon im kommenden Jahrzehnt sei damit zu rechnen, dass die Erneuerbaren Energien den Strombedarf immer häufiger vollständig abdecken. In diesen Situationen müssten alle Kohle und auch alle Atomkraftwerke vollständig abgefahren werden. Da jedoch ein Wiederauffahren von Atomkraftwerken mehr als zwei Tage dauere, würde ein solcher Abschaltvorgang regelmäßig die Versorgungssicherheit gefährden. In der Konsequenz würden Windräder in steigender Zahl und Häufigkeit aus dem Wind gedreht, der Einspeisevorrang des EEG würde zunehmend unterlaufen. Baake: „Die Debatte um Laufzeitverlängerungen und neue Kohlekraftwerke ist rückwärtsgerichtet. Sie lenkt von den wirklichen Herausforderungen ab. Im Kern ist sie ein Konflikt zwischen denen, die Strukturen konservieren wollen und denen, die sie modernisieren und zukunftsfähig machen wollen.“

Rainer Baake (DUH); Dr. Gerd Rosenkranz (DUH); Daniel Kluge, Bundesverband Erneuerbare Energie (BEE); Dr. Michael Sterner, Fraunhofer Institut für Windenergie und Energiesystemtechnik (IWES)

# Der Ausstieg

**Nun habe ich eine ganze Weile gewartet, ob von LINKER Seite irgendetwas Substanzielles zum Ausstieg aus dem sogenannten Ausstieg aus der Nutzung der Kernenergie kommt - wie es scheint, im Wesentlichen vergeblich. Liegt es am mangelnden Interesse an der Thematik oder am mangelnden Erinnerungsvermögen? Ich weiß es nicht, aber zumindest letzterem kann ein alter "Wackersdorf-Veteran" vielleicht etwas auf die Sprünge helfen:**

Als Mitte der Siebziger des letzten Jahrhunderts im großen Stil kommerzielle Druckwasserreaktoren geplant und gebaut wurden, war der Kenntnisstand zu den verwendeten Materialien noch sehr dünn. Das Forschungsgebiet der "Bruchmechanik" steckte noch in den Kinderschuhen und war theoretisch für homogene Material- und Spannungszustände entwickelt worden. Die Entwicklung der Behälterstähle war noch keineswegs abgeschlossen und für die Auslegung und behördliche Abnahme von Reaktordruckbehältern gab es allgemeine Vorschriften, denen die "AD-Blätter" (Arbeitsgemeinschaft Druckbehälter) und "TRD-Blätter" (Technische Regeln für Dampfkessel) zugrunde lagen. Was es nicht gab, waren Aussagen über die Einflüsse der Strahlung, über die Berechnung der Spannungsspitzen und über das zulässige Verhältnis thermischer und mechanischer Spannungen. Daher sollte die Integrität des Reaktordruckbehälters im Wesentlichen (mangels Alternativen) durch regelmäßig (jährlich) wiederkehrende Prüfungen gewährleistet werden (in der Hoffnung, Risse noch rechtzeitig zu entdecken, bevor sie die zum Bruch führende "kritische" Größe erreichen würden - wo immer diese liegen sollte, denn Erfahrungen mit entsprechend belastetem Material lagen noch nicht vor). Die Änderung der Materialeigenschaften (insbesondere die Änderung der Zähigkeit) durch die intensive Neutronenbestrahlung, durch Aktivierungsprozesse und durch Einlagerung von Helium (aus Kernreaktionen infolge Neutronenbestrahlung) sowie von Wasserstoff (wird im Reaktor ständig durch "Radiolyse" von Wasser erzeugt und hat in Form von Knallgasblasen auch schon zu gefährlichen chemischen Explosionen in Kernkraftwerken geführt, darunter 2001 in Brunsbüttel) soll durch "Einhängeproben", die innerhalb des Reaktors einem höheren Neutronenfluss als der Behälter ausgesetzt sind und die durch zerstörende Methoden untersucht werden, voreilend bestimmt werden [Dieter Smidt, Reaktortechnik, 2. Auflage 1976, ISBN 3 7650 2019 2]. Leider sind diese Materialien weder der Druckdifferenz noch dem Temperaturgradienten, noch dem Gradienten der Neutronenbestrahlung ausgesetzt, denen der Druckbehälter standhalten muss, noch müssen sie entsprechende Änderungen (insbesondere infolge von Schnellabschaltungen) abfangen, die zu einer Materialermüdung führen können.

In den RSK-Leitlinien für Druckwasserreaktoren vom Oktober 1981 wurde das obere Limit des hazardösen Spiels (im Gleichklang mit den Leitlinien von 1974) wie folgt festgesetzt:

"Durch Werkstoffauswahl und sachgerechte Formgebung, Schweißung und Wärmebehandlung muß an allen Stellen der Druckführenden

Umschließung bei allen betriebs- und störfallmäßig durchfahrbaren Anlagenzuständen ein ausreichend zäher Werkstoffzustand während der Lebensdauer der Anlage erhalten bleiben. Dieses ist u. a. durch eine Begrenzung der maximalen Neutronenfluenz im kernnahen Bereich der Wand des Reaktordruckbehälters auf  $1019 \text{ cm}^{-2}$  (Energie  $> 1 \text{ MeV}$ ) sicherzustellen."

Ausgehend von einer Anreicherung der Brennelemente auf ca. 3% U235 und einem zu erzielenden mittleren Abbrand von 25.000 MWd/t wurde bei einer angenommenen Verfügbarkeit der Reaktoren von 80% deren "Lebensdauer" auf 40 Jahre konzipiert, entsprechend 32 Jahren Vollbetriebsdauer, bevor die Reaktoren aufgrund der erreichten Neutronenfluenz in jedem Fall still zu legen gewesen wären. Genau diese 32 Jahre Vollbetriebsdauer wurden später den Kernkraftwerksbetreibern durch die rosa-oliv-Regierung in dem angeblichen Kompromiss zum "vorzeitigen Ausstieg" aus der Kernenergie garantiert.

Von Anfang an sind deutsche Kernkraftwerke große Spiel- und Experimentiereinrichtungen der verschiedenen Betreiber, deren Betriebsweise mit den ursprünglich genehmigten Parametern und der darauf fussenden Störfallauslegung nichts mehr gemeinsam hat. Die Anreicherung der Brennelemente wurde mittlerweile auf bis zu 4,4% erhöht, bei erzielten Abbränden bis 55.000 MWd/t (wodurch sich der Druck der "Spaltgase", die im Brennelement während der Kernspaltungsreaktionen entstehen, bis zum Ende der Betriebszeit des Brennelements gegenüber der ursprünglichen Auslegung mehr als verdoppelt und danach noch über Jahre hinweg das Versagensrisiko der Brennstabhüllen entsprechend erhöht). Die Verweildauer der Brennelemente im Reaktor hat sich verdoppelt (Verlängerung der Korrosionsdauer der Brennstabhüllen). Der Einsatz von MOX-Brennelementen (Plutonium aus alten Atomsprengeköpfen als Kernbrennstoff) erhöht die Neutronenproduktion pro Spaltung und vermindert das ohnehin schmale Intervall für einen noch ausregelbaren Anstieg im Neutronenfluss dieser Brennelemente um satte 70% (!).

Um trotz all der Veränderungen die zulässige maximale Neutronenfluenz der Wand des Reaktordruckbehälters nicht vorzeitig zu überschreiten wurde auch das Beladungskonzept mit frischen Brennelementen ständig variiert (Übergang zu einer "LLC"-Beladestrategie, bei der die "frischen" Brennelemente in der Mitte des Reaktors eingesetzt werden und die älteren außen), mit erheblichen Änderungen der lokalen Leistungsdichten und des Strömungsverhaltens im Reaktordruckbehälter, insbesondere mit der Konsequenz einer erheblichen Erhöhung der Leistungs- und Neutronenflussdichten im Zentrum ("Heißkanal") des Reaktorkerns (bewirkt eine Erhöhung der Korrosionsintensität der betroffenen Materialien im "Heißkanal"). Diese Veränderungen bedeuteten faktisch jeweils eine völlig neu zu berechnende Reaktorgeometrie und Reaktordynamik.

Im Jahresbericht 2002/2003 der GRS [Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit (GRS) mbH, Jahresbericht 2002 / 2003] heißt es hierzu:

"In Deutschland gab es bis 2003 noch 13 in Betrieb befindliche DWR, wovon drei Anlagen jeweils eine Kerngröße mit 121, 157 und 177 BE besitzen. Bei allen großen DWR mit 1200 bis

1400 MWel wird der Reaktorkern mit 193 BE bestückt. Für die Anlagen gibt es grundsätzlich keine gemeinsame Beladestrategie, da sie von verschiedenen Betreibern betrieben werden. Die technischen, wirtschaftlichen und regulatorischen Randbedingungen sind dennoch sehr ähnlich (z. B. besonders hohe Kosten für Behandlung, Wiederaufbereitung und Entsorgung von BE unabhängig vom Abbrand, kein konkret festgelegter Grenzwert für den Abbrand, überwiegend Grundlastbetrieb der Anlagen, Online-Überwachung der Leistungsverteilung im Kern). Unter diesen Bedingungen haben die meisten Anlagenbetreiber in Deutschland aus wirtschaftlichen Gründen LLC-Beladestrategien eingeführt. Es gibt jedoch selbst für eine einzelne Anlage kein "Standard"-Beladeschema. Beladeschema und Anzahl der auszutauschenden BE kann von Zyklus zu Zyklus geändert werden (s. S. 27). ... Für die ältesten Anlagen in Deutschland, bei denen die Fluenzen in der RDB-Wand ursprünglich hoch waren, ist die Situation anders. Bei all diesen Anlagen wurde zunächst die LLC-Strategie zur Begrenzung der Neutronenversprödung angewandt. Später wurden bei zwei Anlagen so genannte Dummy-Elemente mit Stahlstäben an Stelle von Brennstäben am Ende der Hauptachsen eingesetzt. Bei einer Anlage wurden sogar Dummy-Elemente in der Randzone rund um den Kern eingesetzt."

Bereits gemäß §7(1) des "alten" Atomgesetzes [ATG vom 31.10.1976] wären all diese Veränderungen, die für den Betrieb der Anlage wesentlich sind, genehmigungspflichtig gewesen, d.h. es wäre jeweils ein atomrechtliches Genehmigungsverfahren gemäß den Vorschriften der atomrechtlichen Verfahrensordnung [ATvV vom 31.03.1982] erforderlich gewesen (Beteiligung der Öffentlichkeit, Erörterungstermin ...). Dies wird umso klarer, wenn man sich erinnert, wie sehr der maximale "Auslegungsstörfall" gemäß Leitlinien der Reaktorsicherheitskommission [RSK-Leitlinien für DWR vom Oktober 1981, bzw. Vorläufer vom August 1974] bereits "auf Kante genähert" war. So war die Annahme eines "Gleichgewichtskerns" bei Störfalleintritt, bei dem das älteste Drittel der Brennelemente 2,5 Jahre Betriebszeit hinter sich hatte, schon nicht konservativ, weil schon damals bis zu 3 Jahre Bestrahlungsdauer bis zum BE-Wechsel vorgesehen waren (heute bleiben die BE bis zu 6 Jahre im Reaktor). Bei dem besagten Auslegungsstörfall können definitionsgemäß nur 10% der Brennelemente schadhaft (undicht) werden und obwohl diese Brennelemente annahmegemäß unter Betriebsbedingungen einen Spaltgasinnendruck von ca. 100 bar aufweisen (wir reden wohl gemerkt von den "milden" Auslegungsdaten zu Mitte der 70er Jahre), werden aus den schadhaften Brennelementen nur 10% der Edelgase, 3% der Halogene (Iod), 2% des Caesiums und weniger als 0,1% der sonstigen Feststoffe in den Sicherheitsbehälter freigesetzt. ... Worum handelt es sich bei diesem maximalen Schadensereignis? Wir reden von einem sogenannten Kühlmittelverluststörfall (KVS), ausgelöst durch einen 2-F-Bruch (Abriss) einer Kühlwasserzuleitung zum Reaktordruckbehälter (infolge Materialermüdung / Versprödung). Bei diesem "Auslegungsstörfall" (ein Störfalleignis, das, wie es so schön heißt, "hinreichend wahrscheinlich ist", um berücksich-

tigt werden zu müssen) entleert sich der Reaktordruckbehälter innerhalb weniger als 15 Sekunden vollständig.

Der schlagartige Druckabfall von über 150 bar auf Normaldruck erzeugt eine "Verdünnungswelle", die das gesamte Containment beansprucht und zum Abriss weiterer Anlagenteile führen kann, die wie Geschosse in diverse Betonabschirmungen einschlagen. Selbst die einwandfreie Funktion der Notkühleinrichtungen innerhalb der ersten Sekunden verhindert nicht ein Erreichen des superplastischen Zustandes der Zircalloy-Brennstabhüllen nach etwa 25 Sekunden bei 800-900°C. Dabei blähen sich die Hüllrohre ballonartig auf (so genanntes ballooning), brechen teilweise und versperren den Weg für das zur Nachkühlung erforderliche Wasser. Bei höheren Temperaturen wird die Zr-Wasserreaktion beschleunigt, bei der Wasserstoff gebildet wird. Auf höheren Befehl der RSK-Leitlinien ist definitionsgemäß sichergestellt, dass eine maximale Hüllentemperatur von 1200°C im heißen Kanal des Reaktors (Leistungsdichte wie zu Mitte der 70er Jahre unterstellt) nicht überschritten wird und nicht mehr als 1% des Zirkoniums mit Wasser reagieren (der Energieinhalt des dabei

gebildeten Wasserstoffs entspricht der Sprengkraft von ca. 60 kg TNT). Die Wasserstoffblase verschwindet, ohne Schaden anzurichten, wie durch ein Wunder und die beginnende Kernschmelze in den Brennstäben des heißen Kanals wird gerade noch rechtzeitig gestoppt - beim "Happy End" wird abgeblendet ... (Es sei darauf hingewiesen, dass es hierbei für die eingesetzten Notkühlsysteme keine "zweite Chance" gibt. Die Systeme, die abgerufen werden, müssen einwandfrei funktionieren. Einen zweiten Versuch nach Fehlversuch gibt es aufgrund der engen Zeitskala nicht. Die Nachwärmeleistungsdichte im Reaktordruckbehälter beträgt nach der erfolgreichen Schnellabschaltung immer noch ca. das Dreifache der Wärmeleistungsdichte des Tschernobyl-Reaktors bei Vollastbetrieb.) Sollten wir bei einem solchen Störfall Glück haben und tatsächlich alles so glimpflich ablaufen wie geschildert, so wird man uns melden, dass die Grenzwerte der Strahlenschutzverordnung für die Bevölkerung dabei nicht überschritten wurden - nicht etwa die für den "Normalbetrieb", sondern die speziellen für den "Auslegungstörfall" (letzteres Detail wird man wohl unangefprochen lassen).

Darüber hinausgehende Schadensereignisse, insbesondere ohne die unterstellten wundersamen Eingriffe von Schutzengeln, lagen und liegen definitionsgemäß "jenseits der praktischen Vernunft" und sind auch heute noch dem nicht mehr zu beachtenden "Restrisiko" zuzuordnen (das Risiko, das uns im Ernstfall den Rest gibt!).

Mit dem nun angekündigten Ausstieg aus dem "Ausstieg" soll nun auch die letzte der ursprünglichen Einschränkungen für den Betrieb deutscher Kernkraftwerke fallen. Die ursprünglich konzipierte Laufzeit soll glatt verdoppelt werden. Hinsichtlich der Materialbelastung der Druckbehälter soll unter Ausschluss der Öffentlichkeit absolutes Neuland betreten werden, für das es auch im internationalen Vergleich keinerlei vergleichbare Referenzdaten aus der Praxis gibt - die deutschen Reaktoren sind ja noch nicht einmal untereinander vergleichbar, weil sie - wie dargestellt - jeweils völlig unterschiedliche Betriebsstadien besitzen. Dennoch wird die anvisierte Freigabe wohl pauschal erfolgen.

**Gemeinsam in eine strahlende Zukunft!  
Nix für ungut!**

*Matthias Nomayo*

#### **Fundsache**

*Bekanntmachung des Bundesamts zum Schutz der Radionuklide vor der Bevölkerung beiderseits der Elbe vom 24.1.2050*

Die Sicherheitsanalysen für Störfälle zeigen, dass eine verlässliche Prognose für die Menge des zutretenden Grundwassers nicht möglich ist. Deshalb muss vorsichtshalber der Einbruch sog. auslegungsüberschreitender Mengen unterstellt werden. In diesem Fall könnten nach Abschätzungen des beauftragten Gutachters größere Grundwassermengen kontaminiert und die Strahlenschutzziele nicht eingehalten werden. Die radiologischen Konsequenzen für den Fall unerwartet großer Wassereinträge müssen begrenzt werden. Daher hat das Bundesamt zusätzlich Strategien ausgearbeitet, mit denen auch im schlimmsten Fall, dem massiven Anstieg der Wasserzuflüsse, negative Auswirkungen auf die Umwelt minimiert werden sollen.

• „Das Konzept umfasst konkrete technische Vorkehrungen sowie Vorsorgemaßnahmen zur Sicherung der Anlage, mit denen eine radiologische Ausbreitung der eingelagerten Abfälle verhindert werden soll.“

• „Letzter Schritt des gestuften Vorgehens ist die Minimierung der Freisetzung radioaktiver Stoffe im Notfall, wenn alle anderen Maßnahmen nicht erfolgreich sind. Dabei geht es darum, die Schadstofffreisetzung aus den Gebinden zu begrenzen, die Lösungsbewegung in der Grube zu behindern und den Transport radioaktiver Stoffe zu verzögern.“

*(BfS Pressemitteilung 2/5/09)*

## **24 Jahre nach Tschernobyl**

### **Sofortausstieg statt Laufzeitverlängerungen!**

Am 26. April jährt sich zum 24. Mal die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl. Wer sich noch daran erinnern kann weiß, dass es 1986 auch im gesamten Bundesgebiet nach der Katastrophe große Ängste gegeben hat. Regen wurde möglichst gemieden, Spielplätze wurden gesperrt und Lebensmittel vernichtet. Forderungen nach dem Sofortausstieg aus der Atomenergie kamen aus den unterschiedlichsten Richtungen, Anti-Atomkraft-Demonstrationen gehörten zur Tagesordnung. Noch dramatischer war (und ist) die Situation rund um den Tschernobyl-Reaktor. Und noch heute besuchen Kinder- und Jugendgruppen aus der Region um Tschernobyl Gastfamilien in der Bundesrepublik, um hierzulande neue Kraftreserven zu tanken.

In der Bundesrepublik bedroht uns der laufende Betrieb der Atomkraftwerke, der Uranfabriken in Lingen und Gronau, der Kernforschungszentren usw. Die Anlagen strahlen bereits im sogenannten Normalbetrieb, immer wieder ereignen sich Störfälle und kein Mensch kann sagen, wo der Atom Müll sicher gelagert werden kann. Die Asse lässt grüßen ... Da ist es ein Hohn, wenn Unionspolitiker fordern, dass die Atomkraftwerke in der Bundesrepublik jeweils insgesamt 60 Jahre in Betrieb bleiben sollen. Die

Sicherheit und Sorgen der Bevölkerung werden mit Füßen getreten. Massiver Widerstand gegen den Weiterbetrieb der AKW und sonstiger Atomanlagen ist gefordert. Die Demonstration am 21. März in Neckarwestheim mit rund 5000 Personen war schon ein überwältigendes Signal: Es muss ausgestiegen werden, und das sofort!

Bundesweit werden jetzt vielfältige Aktionen anlässlich des Tschernobyl-Jahrestages organisiert.

• Vom 21. – 24. April findet ein Treck von Gorbelen (Abfahrt 14.00 Uhr) zum AKW Krümmel statt. Dort gibt es eine Abschlußkundgebung (15.00 Uhr). Infos: [www.kruemmel-treck.de](http://www.kruemmel-treck.de) und 05841-4684 (Büro Bl Lü-Da).

• Am 24. April findet außerdem eine Menschenkette zwischen dem AKW Krümmel und dem AKW Brunsbüttel statt. Infos: [www.ausgestraht.de](http://www.ausgestraht.de) und 040 - 2531 89 40.

• Im westlichen Bereich (NRW und Umgebung) wird am 24. April zentral in Ahaus demonstriert. Beginn: 12.30 Uhr am Bahnhof. Infos: [www.kein-castor-nach-ahaus.de](http://www.kein-castor-nach-ahaus.de) und 02561 / 961791.

• Im Süden findet die zentrale Tschernobylaktion am 24. April beim AKW Biblis statt, das umzingelt werden soll (12.30 Uhr – 17.00 Uhr). Infos: [www.anti-atom-umzingelung.de](http://www.anti-atom-umzingelung.de) und 06221-164841.

Neben diesen Großaktionen gibt es weitere regionale Aktionen und Veranstaltungen, auch direkt am Tschernobyl-Jahrestag (26.4.). Informationen unter [www.contratom.de](http://www.contratom.de). Bereits vom 10. – 18. April findet bundesweit eine Stromwechsel-Aktionswoche statt, in der möglichst viele Personen dazu motiviert werden sollen, nur noch Strom von Anbietern zu beziehen, die keinen Atomstrom im Strom-Mix haben, und die nicht mit der Atomindustrie verflochten sind. Infos dazu in der BBU-Geschäftsstelle unter 0228-214032 oder im Internet unter: [www.atomausstieg-selber-machen.de](http://www.atomausstieg-selber-machen.de).

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) ruft zur Teilnahme an den Protesten für den sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie, und zum Stromwechsel, auf. Weitere Informationen gibt es auf der Homepage des BBU unter [www.bbu-online.de](http://www.bbu-online.de), sowie telefonisch beim BBU-Arbeitskreis Energie (02562-23125) und in der BBU-Geschäftsstelle (0228-214032). Zur Finanzierung seiner Arbeit freut sich der BBU Spenden. Spendenkonto: BBU, Sparkasse Bonn, BLZ 37050198, Kontonummer: 19002666.

*Udo Buchholz, Gronau  
BBU-Vorstandsmitglied*

## Februar und später ...

### Immer mittwochs 17 - 19 Uhr StromweXelstube im BI-Haus in Lüchow

- 21.2.13 Uhr**, Faschingsparty am Schwarzbau. Kostümiert euch kreativ – die beste Verkleidung wird prämiert.  
**22.2.**, Standortbenennung (1977)  
**8.3.**, Frauenaktionstag „Frauen aktiv gegen Atomenergie“  
[www.frauengegenatom.de](http://www.frauengegenatom.de)  
**18.-19.3.**, Fachtagung „Energie ohne Übersee-Biomasse, für eine andere Energiepolitik“ im Lorenz-Werthmann-Haus Freiburg, [www.ewf-freiburg.de](http://www.ewf-freiburg.de)  
**18.-21.3.**, Landshuter Umweltmesse, [www.la-umwelt.de](http://www.la-umwelt.de)  
**19.-21.3.**, Internationaler Kongress und Friedensmatinee in Essen, Burgplatz 1, [www.friedenskultur2010.de](http://www.friedenskultur2010.de)  
**19.-21.3.**, Anti-Atom-Frühjahrskonferenz in Ahaus, [www.bi-ahaus.de](http://www.bi-ahaus.de)  
**21.3.13 Uhr**, Landmaschinenchau mit der Bäuerlichen Notgemeinschaft am „Erkundungs“bergwerk Gorleben  
**27.3.9 Uhr**, Lichtbildvortrag von Ulrich Uffrecht „Die Schöpfung bewahren! Atomstrom und Umwelt“ in drei Teilen, Gasthaus Wiese, Gedelitz, eine Veranstaltung des Gorlebener Gebets  
**27.3.**, Dezentraler Aktionstag gegen Energiekonzerne anlässlich des Harrisburgh-Jahrestages  
**28.3.**, Harrisberg-Katastrophe 1979  
**Sa 27.3.**, Aktionen an den Zentralen der Energieversorgungsunternehmen  
**28.3.**, Mitgliederversammlung der Bürgerinitiative Lüchow Dannenberg e.V.  
**4.4.**, Aktionen an den Stationen der Atomspirale, die erste an der Urananreicherungsanlage Gronau / Ostermarsch  
**10.-18.4.**, StromweXelkampagne, [www.atomausstieg-selber-machen.de](http://www.atomausstieg-selber-machen.de)  
**16.4./17.4.**, Fachtagung Gorleben „Unabhängige Wissenschaftler zur Geologie des Salzstocks“ „Alte Post“ Dannenberg  
**18.4.13 Uhr**, Ostereier suchen am „Erkundungs“bergwerk Gorleben  
**21.4.**, Start eines Mini-Trecks vom Wendland über Uelzen, Lüneburg, Winsen nach Krümmel  
**24.4.**, Krümmel-Demo, Biblis-Demo, 12.30 Uhr Ahaus-Demo ab Bahnhof, Abschlusskundgebung am Zwischenlager; [www.kein-castor-nach-ahaus.de](http://www.kein-castor-nach-ahaus.de)  
**26.4.**, Gedenk- und Protestkundgebung vor dem AKW Tor I Neckarwestheim, [www.neckarwestheim.antiatom.net](http://www.neckarwestheim.antiatom.net)  
**26.4.**, Tschernobyl-Katastrophe 1986  
**3.bis 28.5.**, Konferenz zum Atomwaffensperrvertrag in New York [www.atomwaffenfrei.de](http://www.atomwaffenfrei.de)  
**4.-6.5.**, Jahrestagung Kerntechnik in Berlin, [www.kerntechnik.info](http://www.kerntechnik.info)  
**12. bis 16.5.**, Ökonomischer Kirchentag in München [www.oekt.de](http://www.oekt.de)  
**13.5. – 24.5.**, KLP, [www.kulturelle-landpartie.de](http://www.kulturelle-landpartie.de)  
**4.6.**, 30 Jahre Räumung des Hüttendorfes 2004, Demo „Wi sünd al dor!“ bundesweite Demo rund um das „Erkundungs“bergwerk Gorleben

### Wiederkehrende monatliche Termine

- Jeden Sonntag 14:00 Uhr, Gorlebener Gebet  
 Jeden 1. Sonntag 14:00 Uhr, Gronau [www.aku-gronau.de](http://www.aku-gronau.de)  
 Jeden 3. Sonntag 14:00 Uhr, Sonntagsspaziergänge am Zwischenlager, BI-Ahaus  
 Jeden 6. eines Monats ab 14.00 Uhr, Am Tor des AKW Brokdorf Mahnwache

## Ich abonniere die Gorleben Rundschau

ab der nächsten Ausgabe.

- Bitte schickt mir jeweils ein Exemplar (EUR 15 pro Jahr)  
 Bitte schickt mir jeweils 10 Exemplare (EUR 50 pro Jahr)  
 Bitte schickt mir jeweils 100 Exemplare (EUR 120 pro Jahr)  
 Ich erteile hiermit der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V. eine Einzugsermächtigung für mein Konto.

Konto-Nr.: .....

BLZ: .....

Geldinstitut: .....

Name: .....

Adresse: .....

Datum, Unterschrift .....

Ausschneiden und abschicken an: BI-Büro, Rosenstr. 20, 29439 Lüchow,  
 Konto der BI: KSK Lüchow, BLZ 258 501 10, Konto: 004 406 072 I  
 Das Abo kann jederzeit zum Jahresende gekündigt werden.

## Das Tarnkappen-Verfahren

Am 28. Juli 1977 beantragt die PTB beim niedersächsischen Sozialminister (doch, der war zuständig!) das Planfeststellungsverfahren gemäß § 9 b Atomgesetz „für eine Anlage des Bundes zur Sicherstellung und zur Endlagerung radioaktiver Abfälle im Rahmen des am Standort Gorleben geplanten „Nuklearen Entsorgungszentrums (NEZ)“.

Laut online-Version des Niedersächsischen Ministeriums für Umwelt und Klimaschutz wurde im Antrag verwiesen „auf ein vorliegendes Konzept, das unverzüglich um umfassendere Unterlagen für ein Bergwerk zur Einlagerung von Abfällen ergänzt werden sollte. Weiterhin wurde angekündigt, dass umgehend die erforderlichen standortspezifischen Daten ermittelt und nachgereicht werden sollten.“  
[www.umwelt.niedersachsen.de/master/CI1963861\\_NI1622634\\_L20\\_DO\\_1598.html](http://www.umwelt.niedersachsen.de/master/CI1963861_NI1622634_L20_DO_1598.html)

Also nur zur Erstellung der fehlenden Unterlagen wurde dann ab 1979 obertätig, ab 1982 mit den beiden Schachtvortrieben auch untertätig erkundet! Die Ergebnisse gehen als „Unterlagen zur Standorterkundung (US)“ an die Planfeststellungsbehörde, dann wird begutachtet, kontrollbefahren, fachgesprachen.

Und es läuft und läuft und läuft – insgesamt 170 „US“ will die „Planfeststellungsbehörde MU“ schon angesammelt haben – alles für den Tag des Herrn Röttgen: „Erörterungstermin“.

Dem Landkreis und der betroffenen Öffentlichkeit wird altes Bergrecht vorgespielt – das sieht nun mal leider gott sei dank keine Rechte der Öffentlichkeit vor, aber man kann ja Gorleben-Kommission und -Information veranstalten, neben Bohrprogrammen, Salzhalde und reichlich Polizei.

Ein ganzer Landkreis als Geisel im Griff des Bergrechts, und dahinter werden die Aktenberge des atomrechtlichen Planungsverfahrens gestapelt, durch die sich dann im Erörterungstermin die Bürgerbeteiligung durchfressen darf wie durch den Reisberg zum Schlaraffenland von Wachstum - an freigesetzten Radionukliden.

Manchmal rutschte die Tarnkappe. So am 27. Mai 1983 Dr. Matting vom Bundesministerium des Innern in Hitzacker auf einen Vorwurf der BI-Vorsitzenden Marianne Fritzen, den er erst zurückweist, um ihn dann zu bestätigen:

„Ihr Ansatz ist, und das war ja, was sie vorhin auch gesagt haben, der Bund versucht das Endlager auf Biegen und Brechen herzurichten. Diese Unterstellung, die darf ich also hier zunächst einmal zurückweisen. So ist es nicht, und ich meine, Sie disqualifizieren alle Leute, die sich hier wirklich bemühen, um dieses Verfahren ordnungsgemäß (!) und auch wissenschaftlich hochwertig durchzuführen. Ich meine, daß (...) wir uns hier sehr detailliert auch Gedanken darüber machen, wie denn, wie die Schutzziele (!) eingehalten werden können.“

Gerhard Has

## Impressum

Die Gorleben-Rundschau erscheint 10-12 mal jährlich und wird herausgegeben von der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V..

**Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.**

**Für Neuerungen, produktive Anregungen und LeserInnenbriefe sind wir immer ansprechbar. Es ist erwünscht, eigene Texte zum Thema Atomkraft, Gorleben und erneuerbare Energien einzubringen; sie werden gerne veröffentlicht, sofern sie in den Kontext der Ausgabe passen.**

**Redaktion:** H. Eckert

**Bildmaterial:** aaa-west, contratom, Jv.d.B

**Mitarbeit:** K. Rudek, J. Voges, J. Becker, U. Buchholz, M. Eickhoff, E. Gräfer, T. Koopmann

**Versand & Termine:** L. Wente

**Auflage:** 1000

**BI Büro:** Rosenstr. 20, 29439 Lüchow

Fon: 05841/4684, Fax: 05841/3197,

[buer@bi-luechow-dannenberg.de](mailto:buer@bi-luechow-dannenberg.de)

[www.bi-luechow-dannenberg.de](http://www.bi-luechow-dannenberg.de)

**Öffnungszeiten:** Mo, Mi, Fr, Sa 9 - 12 Uhr, Di + Do 15 - 18 Uhr